



Der Vorsitzende des
Beteiligungsausschusses
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3384
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Dr. Jörn Heimlich

Wiesbaden, 25.01.2017

1. Den Mitgliedern des Beteiligungsausschusses
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Beteiligungsausschusses
am Dienstag, 31. Januar 2017, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen vom 29.11.2016 und 15.12.2016
2. **14-F-03-0032**

Gesamtbeschäftigtenvertretung
hier: Vorstellung durch die Vorsitzende des Sprecherkreises

ANLAGE

3. 17-F-05-0001

Wasserkosten in Wiesbaden
- Antrag der FDP-Fraktion vom 24.01.2017

Ende vergangenen Jahres hat die Landeskartellbehörde gegen die ESWE Versorgungs AG eine so genannte Abschöpfungsverfügung erlassen, die den Versorger verpflichtet, 46,2 Mio. Euro wegen überhöhter Wasserpreise zurückzuzahlen. Seinerzeit erhob ESWE Versorgung im Zeitraum von 2007 bis 2011 um 27% zu hoch festgesetzte Wasserpreise. Durch die Überführung der Wasserversorgung in die Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (WLW) wurde sich der Aufsicht der Landeskartellbehörde entzogen. Der Presseberichterstattung war zu entnehmen (WK vom 21.12. und 23.12.2016), dass das Geld zunächst an das Land Hessen fließen solle, eine Rückzahlung an die Kunden, laut Aussage des hessischen Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium, jedoch beabsichtigt sei. Unklarheit gibt es auch bezüglich der betreffenden Kundendaten. Zum einen wird behauptet, eine Rückzahlung sei aufgrund datenschutzrechtlicher Vorgaben nicht möglich, zum anderen lägen die Daten ehemaliger Kunden nicht mehr vor.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. die Herausgabe der 52-seitigen Prüfung der Landeskartellbehörde zu bewirken sowie Auskunft über den Inhalt und aktuellen Stand der internen juristischen Prüfung von ESWE Versorgung zu geben.
2. die entgegenstehenden datenschutzrechtlichen Gründe darzulegen und eine entsprechende Lösung anzubieten.
3. darauf hinzuwirken, dass ein Verfahren entwickelt wird, im Rahmen dessen die ehemaligen Kunden ihr Geld erstattet bekommen.
4. zu berichten, welche Umstände dazu geführt haben, dass die Wasserkosten für die Verbraucher in Wiesbaden seit 2011 nicht gesenkt wurden.

4. 16-V-01-0032

DL 58/16-1, 55/16-1

Grundsätze guter Unternehmensführung der Landeshauptstadt Wiesbaden

ANLAGE

5. 16-F-03-0106

Leiharbeit an den HSK

ANLAGE

6. 16-F-01-0002

Mitgliedschaft der städtischen Mehrheitsgesellschaften in Arbeitgeberverbänden

ANLAGE

7. **16-V-82-0006** **DL 03/17-8**

Aktualisierter Wirtschaftsplan TriWiCon und Gesellschaften

8. **17-V-04-0004** **DL 04/17-4**

Citybahn Mainz-Wiesbaden

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich am 31.01.2017. -

9. Verschiedenes

NICHTÖFFENTLICHE BERATUNG

10. **16-F-03-0056**

Rekommunalisierung der WIVERTIS

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Volk-Borowski
Vorsitzender